

ANFRAGE von Franziska Barmettler (GLP, Zürich), Tobias Langenegger (SP, Zürich) und Michael Zeugin (GLP, Winterthur)

betreffend Wahrung der Interessen des Kantons Zürich bei den Verhandlungen der Schweiz mit der EU

Der international angebundene Kanton Zürich mit seinem Forschungs- und Wirtschaftsstandort ist besonders betroffen vom Entscheid des Bundesrates, die Verhandlungen über ein Rahmenabkommen nicht weiterzuführen. Gemäss einer Untersuchung der Bertelsmann-Stiftung (2019) ist Zürich die Region in Europa, deren Einwohner pro Kopf am meisten vom EU-Binnenmarkt profitieren. Der Finanzplatz, die Stromwirtschaft und weitere Branchen wie Medtech profitieren wesentlich von einer geregelten Beziehung zur EU. Ein Abseitsstehen der Zürcher Hoch- und Fachhochschulen beim internationalen Forschungsprogramm Horizon Europe wäre ein grosser Nachteil.

Die Regierung von Basel-Stadt hat sich öffentlich und vehement für ein Bekenntnis des Bundesrates zum Rahmenabkommen mit der EU eingesetzt (siehe u.a. Medienmitteilung vom 30.3.2021). Es ist davon auszugehen, dass sich auch der Zürcher Regierungsrat eingebracht hat und auch zukünftig alles daransetzen wird, um die Interessen des Kantons Zürich optimal zu wahren und die institutionellen Fragen baldmöglichst zu klären.

Wir bitten den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Inwiefern wurde der Regierungsrat vor dem strategischen Entscheid des Bundesrates über den Verhandlungsabbruch konsultiert?
2. Welche Position hat der Regierungsrat im Vorfeld des Scheiterns der Verhandlungen vertreten und was ist seine Reaktion darauf?
3. Wie hat sich der Regierungsrat im Rahmen der KdK für die Sicherung eines stabilen Rahmens für die Beziehungen Schweiz-EU eingesetzt?
4. Hat er darüber hinaus auch direkt beim Bundesrat die Interessen des Kantons Zürich vertreten und wenn ja, inwiefern?
5. Wie wird sich der Regierungsrat zukünftig einbringen und dafür sorgen, dass er eng in das weitere Vorgehen des Bundesrates einbezogen wird?
6. Gedenkt der Regierungsrat weiter, sich mit anderen Kantonen zu koordinieren und gemeinsam beim Bundesrat vorstellig zu werden, z.B. im Bereich Forschung?

Franziska Barmettler
Tobias Langenegger
Michael Zeugin